

# Ottendorfer Zeitung

Local-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend.

**Bezugs-Preis:**  
Vierteljährlich beim Abholen von der  
Geschäftsstelle Mk., frei ins Haus  
1,20 Mk.  
Eingelne Nummer 10 Pfg.  
Erscheint Dienstags, Donnerstags und  
Sonntags Nachmittags.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt



**Anzeigen-Preis:**  
Die einspaltige Zeile oder deren Raum  
1 Pfg., Lokalpreis 5 Pfg.  
Reklamen auf der ersten Seite 40 Pfg.  
Anzeigen-Aannahme  
bis spätestens Mittags Uhr des  
Erscheinungstages.

Druck und Verlag von Hermann Röhle, Ottendorf-Okrilla.

Verantwortlicher Schriftleiter Hermann Röhle, Groß-Okrilla

Nummer 26

Sonntag, den 2. März 1919.

18. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### Waffen-Ablieferung.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Ministerialverordnung vom 14. d. M. alle in § 1 der Verordnung über Waffenbesitz vom 30. Januar 1919 aufgeführten

### Schusswaffen, sowie Munition

aller Art zu Schusswaffen bis zum 4. März d. J. an die bezeichnete Gemeindebehörde abzuliefern sind.

Nach Ablauf dieser Frist sind Hausdurchsuchungen zu genehmigen.

Ottendorf-Okrilla, am 28. Februar 1919.

Der Gemeindevorstand.

### Tanghaußen.

Die Fortbewerterverwaltung beabsichtigt der Gemeinde Tanghaußen die Posten zu überweisen.

Einwohner, deren Holzvorrat verbraucht ist, wollen sich bis

### Mittwoch, den 5. März d. J.

zum Gemeindevorstand — Meldeamt — melden. Der Weiterverkauf des von der Gemeinde zugewiesenen oder auf Grund von Befehlsgewalt gemachten Holzes ist verboten. Personen, welche Holz trotzdem veräußern, werden von künftigen Verteilungen ausgeschlossen oder bekommen die Befehlsgewalt entzogen.

Ottendorf-Okrilla, am 28. Februar 1919.

Der Gemeindevorstand.

### Neuestes vom Tage.

Die Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und Süd- und Mitteldeutschland ist infolge des Generalstreiks in Sachsen und in Halle zum Teil gestört. Die Eisenbahnverwaltung in jeder Richtung, den Verkehr soweit wie möglich aufrechtzuerhalten und sucht, wenn die eine Strecke versagt ist, andere Möglichkeiten auszunutzen, um die Bahnverbindung aufrechtzuerhalten.

Der Ring um Weimar ist nunmehr geschlossen. In der Nacht ist der Generalstreik ausgedehnt und alle öffentlichen Gebäude sowie die Betriebsbetriebe sind von den Streikenden besetzt. Der Bahnverkehr wird zwar noch aufrechterhalten, aber man befürchtet nämlich die Ausdehnung des Streiks auch auf den Bahnbetrieb.

Der Streik in Mitteldeutschland droht auch für Berlin, falls er nicht in den nächsten Tagen beigelegt wird, verhängnisvoll zu werden. Berlin wird fast ausschließlich von Braunkohlen anbetrieben, durch mitteldeutsche Kohlenreviere versorgt. Sollten sich hier erhebliche Störungen einstellen, so wäre dies namentlich für die Broterstellung in Berlin von folgenreicher Bedeutung, da die hiesigen Bäckereien auf Braunkohlenheizung eingerichtet sind. Von kommunistisch-spartakistischer Seite wird versucht, auch in Berlin einen Generalstreik herbeizuführen, und zwar wird beabsichtigt, die am 5. März zusammentretende preussische Landesversammlung mit einem Generalstreik zu empfangen. In den in den letzten Tagen stattgefundenen Betriebsversammlungen ist seitens der radikalen Elemente lebhaft in diesem Sinne agitiert worden, wobei in vielen Fällen Anreden, die sich gegen den Generalstreik wandten, terroristische Mahnungen in Aussicht gestellt worden sind.

Französische und englische Presseäußerungen lassen erkennen, daß der Entente allmählich zum Bewußtsein kommt wie sehr sie mit der Schärfe des bolschewistischen Bedankens in Deutschland sich selbst Schwierigkeiten bereitet hat. Wenn unsere Unterhändler bei den Waffenstillstandsverhandlungen auf die bolschewistische Gefahr in Deutschland hinweisen und betonen, daß die weitere Abschneidung Deutschlands vom Weltverkehr, die Aufrechterhaltung der Blockade zur Katastrophe bei uns und letzten Endes auch bei der Entente selbst führen müsse, wurde erwidert, daß die Deutschen diese Gefahr schlimmer darstellten, als sie in Wirklichkeit sei, und aus dieser Auffassung heraus wurden die Bedingungen für Deutschland immer härter. Jetzt zeigt sich die langsam Platz greifende Erkenntnis der Fehler dieser Politik. Das Attentat auf Eisner scheint seine Wirkung nicht verfehlt zu haben, vielleicht tragen auch gewisse Ereignisse im besetzten Gebiete unter den französischen

Truppen dazu bei, daß man jetzt zum Frieden drängt und zugeht, daß jede weitere Bedrängung Deutschlands zur Bolschewisierung Europas führen müsse. Wie weit die maßgebenden englischen und französischen Kreise hinter den Beschließen stehen, ist natürlich abzumachen, immerhin läßt die Übereinstimmung der französischen Blätter aus den verschiedenen Parteien die Vermutung aufkommen, daß der gegenseitige Stimmwechsel auf die Einseitigkeit maßgebender Regierungskreise in Paris und London zurückzuführen ist. Ob dieser Stimmungsumschlag andauern wird, ist allerdings eine andere Frage.

Nach „New York Herald“ vom 24. d. M. erklärte Bichon in einem Journalisteninterview, daß die Vorfälle in München und anderen deutschen Städten einen schnellen Friedensschluß notwendig machten. Der Frieden dürfte etwa Ende Mai unterzeichnet werden. Die deutsche Kriegsflotte dürfte nicht zerstört werden, mit Ausnahme von einigen Schiffen, die man versenken wolle, um Deutschland eine Lehre zu erteilen.

Aus Paris kommen zuverlässige Mitteilungen, nach denen die Franzosen in der Kommission, die jetzt den sogenannten Dauerwaffenstillstand berät, unformell ihren Standpunkt wegen der Enschädigungsfrage auseinandergesetzt haben. Sie gehen dabei von einem Gedanken aus, der schon früher von ihnen offiziell zur Ausprägung gestellt worden ist, daß nämlich Deutschland nicht ausreichend in der Lage sei, finanzielle Entschädigung zu leisten. Alle Ansprüche, die an Deutschland gemacht werden, kommen auf ungefähr tausend Milliarden. Selbst wenn man sich sehr mäßigen würde, könnte man nur in langen Jahren wirklich Bezahlung von Deutschland durchsetzen. Infolgedessen suchen die Franzosen in Laub entschädigt zu werden, mit anderen Worten: Deutschland soll eine Art gezwungenen Skandehandels anfertigen werden, und die Franzosen wollen sich in Menschen, nämlich den Bewohnern der abzutrennenden Gebiete, bezahlen lassen. Anders kann man es jedenfalls nicht verstehen, wenn sie, wie es in dieser Kommissionsführung geschehen ist, die Neutralisierung der Pfalz und des Saargebietes verlangen. Im übrigen soll der Rhein in seiner ganzen Ausdehnung Deutschlands Militärgrenze bilden. Es wäre die Aufgabe der Berner Konferenz, den völkerrechtlichen Grundsatze zu proklamieren, daß dauernde und selbst zeitliche Gebietsabtretungen niemals erfolgen dürfen, um damit finanzielle oder andere materielle Leistungen zu begleichen.

Die Nachricht von dem Abzuge der französischen Truppen aus Mannheim ist unserer Waffenstillstandskommission bestätigt worden. Sie hat sich mit einer Anfrage nach den Gründen des Abzugs an die Franzosen gewandt. Ueber die Gründe schreibt die „Tägliche Rundschau“: Von einem durchaus verlässlichen Gewährsmann, der eben aus Mannheim nach Berlin gekommen ist, erfahren wir, daß unter den französischen Truppen in Rheinhessen und der Pfalz große Meutereien vorgekommen seien. In Ludwigshafen sind trotz der überhöhten Nachrichtenperre und der angänglichen Absonderung der französischen Truppen von der deutschen Einwohnerschaft glaubwürdige Meldungen eingegangen, daß insbesondere in einem Gefangenenlager, dessen Abtransport nach Frankreich den Insassen zu langsam voringe, ein großer Aufruhr ausgebrochen sei. Die Franzosen haben Mannheim und Ludwigshafen in aller Eile geräumt und schiden sich an, weitere Räumungen in Haft vorzunehmen.

Essen. Der durch den Ausfall der Bergarbeiter angerichtete Schaden ist vorläufig gar nicht abzusehen. Ungezählte Millionen sind den Arbeitern durch den Lohnausfall und den Zechen durch die sinnlosen Zerrörungen an den Werkanlagen und die Stilllegung der Betrieb verlorengegangen. Schwere Folgen hat der Streik insbesondere auch für die Gemeinden, die in ihrer Gas- und Elektrizitätsversorgung von den Zechen abhängig sind. Am letzten Sonntag ist auf den Zechen „Matthias Stinnes“ I, II und III IV, in Karnap und „Der Wilhelm“ in Vortrop von Teilen der Belegschaft über Tage der gesamte Tagesbetrieb stillgelegt worden. Damit ist die Stromlieferung an die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke und die Belegschaft der Gemeinden Gladbeck, Dorst und Dorthen sowie von etwa 25 Städten und Gemeinden des bergischen Landes schon für die allernächste Zeit ernstlich bedroht. Während stellenweise schon die größte Gasnot herrscht, waren die genannten Zechen auf den Kokereien gezwungen, über 200 000 Kubikmeter Gas in die Luft entweichen zu lassen, weil die Betriebsmaschinen stillstanden. In einigen Tagen

werden die Koksöfen vollständig erkaltet sein. Eine Wiederaufnahme des Betriebes der Kokereien wird dann vor Ablauf von sechs Wochen kaum erfolgen können, da die Defekte nach einer wahrscheinlich erforderlich werdenden Reparatur erst wieder angeheilt werden müssen. Was das für die Gasversorgung des ganzen Industriegebietes bedeutet, braucht nicht näher dargelegt zu werden. Eine große Anzahl Arbeitswilliger ist wegen Bedrohung durch die Spartakisten nicht in der Lage, die unbedingt erforderlichen Notstandsarbeiten auszuführen. Wie gemeldet wird, sind die bisher ruhigen Arbeiter von radikal gesonnenen Steigern zu ihrem unverantwortlichen Vorgehen aufgehetzt worden. Der Betrieb auf den Zechen liegt auch heute noch vollkommen still.

### Deutsches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, 1. März 1919.

Marmeladenverteilung. Auf Grund der Bekanntmachung vom 29. Januar 1919 werden in der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt einschließlich der Stadt Radeberg Abschnitt 3 der weißen Brotaufstrichkarte mit 250 gr Marmelade, Abschnitt 3 der rosaen Brotaufstrichkarte mit 125 gr Marmelade beliefert.

Dresden. Gestern vormittag traten die Angestellten des Zentralarbeitsnachweises in der Marienstrasse in den Ausstand, um auf diese Weise höhere Bezahlung zu erzielen. Infolgedessen war es nicht möglich, die Arbeitslosen, die ihre Karten täglich absteampeln lassen müssen, in der Schnelligkeit wie sonst zu befriedigen. Nach und nach sammelten sich ganze Massen an, die immer erregter wurden. Die Leitung des Arbeitsnachweises bewilligte die gestellte Forderung der Angestellten. Die erregte Menge zog dann nach dem Elektrizitätswerk um dessen Stilllegung zu erzwingen. In den Verhandlungen mit den Arbeitern wurde beschlossen den Betrieb einzustellen, später traf Militär zur Bewachung ein, daraufhin wurde die Arbeit wieder fortgesetzt.

Meißen. Infolge fortgesetzter Nichtbefolgung der Einschränkungsbestimmungen mußte Mittwoch morgen der elektrische Strom für das Stromversorgungsgebiet der inneren alten Stadt Meißen links abgeschaltet werden, weil die Kraftmaschinen über die Gebühr in Anspruch genommen wurden.

Hauzen. Seit einigen Tagen weist eine amerikanische Militärkommission, bestehend aus mehreren Offizieren und etwa 25 Mannschaften. Führer der Kommission ist der Oberleutnant Jesse B. Roote von der dritten amerikanischen Armee. Es handelt sich um Fragen der russischen Kriegsgefangenen, deren Regelung die Vereinigten Staaten übernommen haben. Die Offiziere der Kommission wohnen im Fremdenhof Gude, während die Mannschaften in der Husarenkaserne untergebracht sind.

Der in der Verhandlung der Regierung mit den Wenden gebildete Ausschuss hat in seiner ersten Sitzung am Mittwoch die Forderungen des wendischen Nationalausschusses geprüft. Nach den Ergebnissen dürften nunmehr für die Wenden Gründe zur Loslösung aus dem deutschen Staatenverbände nicht mehr vorliegen.

Döbeln. Hier sah ein Schuhmann eine Frau ab, die schwer beladen nach ihrem Wohnort Chemnitz abdampfen wollte. Die Frau war im Besitze von 3 Stück Butter, 10 Bierpfundbrot, 225 Stück Eier, 27 Stück Ziegenkäse, 120 Stück Rühkäse, 1 Taube und 1 Zentner Kartoffeln. Die Frau wurde in Haft gehalten und gab zu, daß sie schon ungefähr zwölftmal in Döbeln gewesen sei, um dem Schleichhandel nachzugehen.

Zwickau. Der Deutsche Bergarbeiterverband ist bei dem Bergbauischen Verein für das Zwickauer und Lugauer-Deutscher Kohlenrevier mit einer neuerlichen Lohnforderung vorrätig geworden. Zum Ausgleich der Streitigkeiten findet am 9. März in Lichtenstein eine Zusammenkunft der Werkdirektoren und der Bergarbeiterauschüsse statt.

Ein mit 15 Ballen Baumwolle beladener Rollwagen der hiesigen Bigoguespinnerei Paul Ulrich wurde während der Fahrt am Dienstag von Schülpern erklert, die die Ladung in Brand steckten. Der Firma erwächst hierdurch ein Schaden von 40 000 Mk.

Dreitenfeld. Eine Drillingsgeburt haben die Eheleute Krotz im Gutsbezirk Dreitenfeld zu verzeichnen. Der Familienzuwachs besteht aus drei gesunden Mädchen.

